

Ablauf eines immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens

Übersicht bei Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung
[sog. „förmliches“ Genehmigungsverfahren]

1. Vorhabensträger zeigt Vorhaben der Genehmigungsbehörde an -> Antragserörterung / -beratung
2. Durchführung eines Scoping-Termins -> Besprechung der Anforderungen an die vorzulegenden Unterlagen (Umweltverbände können - müssen aber nicht - beigezogen werden)
3. Feststellung der UVP-Pflichtigkeit des Vorhabens; ggf. Bekanntmachung der Mitteilung, dass das Vorhaben nicht uvp-pflichtig ist
4. Mitteilung der Behörde an den Vorhabensträger, welche Unterlagen vorzulegen sind
5. Antragstellung des Vorhabensträgers
6. Prüfung der Vollständigkeit der Unterlagen (regelm. binnen 1 Monat)
7. Mitteilung der Behörde an den Vorhabensträger über den geplanten zeitlichen Ablauf des Genehmigungsverfahrens und die vsl. zu beteiligenden Behörden
8. Beauftragung von Sachverständigen
9. öffentliche Bekanntmachung des Vorhabens und des Erörterungstermins (mindestens 1 Woche vor der Auslegung der Unterlagen)
10. Auslegung des Antrages und der Planungsunterlagen für die Dauer von 1 Monat Frist zur Erhebung von Einwendungen: bis 2 Wochen nach Ende der Auslegung

Beteiligung anderer Behörden; Äußerungsfrist: 1 Monat	
11.	Benachrichtigung des Vorhabensträgers über private u. verbandliche Einwendungen sowie Stellungnahmen der Fachbehörden
12.	öffentlicher Erörterungstermin; erörtert werden die erhobenen Einwendungen
13.	Entscheidung der Genehmigungsbehörde; (soll binnen 7 Monaten nach Einreichung der vollständigen Antragsunterlagen ergehen; die Behörde kann sich eine Fristverlängerung von 3 Monaten genehmigen)
14.	öffentliche Bekanntmachung der Entscheidung Zustellung an Antragsteller und Einwender (bei mehr als 50 Einwendern regelm. nur durch öffentliche Auslegung des Genehmigungsbescheides)
15.	Rechtsmittel
	<ul style="list-style-type: none"> → Widerspruch - Frist: 1 Monat ab Zustellung - Wenn der Genehmigungsbescheid nicht individuell zugestellt, sondern nur öffentlich ausgelegt wird, läuft die Monatsfrist ab dem Ende der Auslegung!
	<ul style="list-style-type: none"> → Bei Zurückweisung des Widerspruchs: Klage zum Verwaltungsgericht - Frist: 1 Monat ab Zustellung des Widerspruchsbescheides
	<ul style="list-style-type: none"> → Regelmäßig wird von der Behörde die „sofortige Vollziehbarkeit des Genehmigungsbescheides angeordnet. Dann haben Widerspruch und Klage keine aufschiebende Wirkung! → Es muss dann beim Verwaltungsgericht ein Eilantrag auf Herstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs / der Klage gestellt werden, um einen zwischenzeitlichen Baubeginn zu verhindern